

Hintergrund: Türkei

06. Dezember 2016



EU und Türkei – eine Partnerschaft, die nicht sein sollte?

Dr. Hans-Georg Fleck

Die Türkei kommt nicht mehr aus den Schlagzeilen – und dies zumeist mit negativer Konnotation. Angesichts der autoritären Tendenzen dort wird die Neuordnung des Verhältnisses der EU zum Land am Rande Europas immer intensiver diskutiert. Als Antwort auf Gefährdungen von Demokratie und Rechtsstaat steht die Forderung nach Einfrieren der Beitrittsverhandlungen im Raum. Wie aber sieht die Türkei auf Europa und die EU? Hat man die Idee einer Teilhabe am europäischen Integrationsprozess nicht schon längst abgeschrieben? Wohin geht die Reise der „neuen Türkei“? Bevor man Entscheidungen von historischer Bedeutung trifft, sollte man sich über die Hintergründe einer schwierigen Partnerschaft Rechenschaft ablegen.

Weitverbreitete Enttäuschung über Europa

Nur wenige Themen werden in der Türkei seit Jahr und Tag so intensiv und emotional diskutiert, wie das Verhältnis zur Europäischen Union. Dabei dominiert die Einschätzung – weitgehend unabhängig vom politischen Standort des Betrachters –, dass die Mitgliedsstaaten der EU das große, geschichtsreiche Land an der Südostflanke Europas eigentlich nie als gleichwertigen Partner akzeptiert und anerkannt hätten. Über Jahrzehnte habe man den Integrationswillen und die Integrationsfähigkeit der Türkei notorisch in Zweifel gezogen, das Land sozusagen „an der langen Leine durch die Manege geführt“, es immer wieder durch eine aus Versprechungen und Hinhaltenaktik bestehende Politik außen vor gehalten.

Hier ist nicht vergessen, dass sich der NATO-Partner Türkei bereits im September 1959 (!!) um den Status eines „assoziierten Mitglieds“ der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beworben hat, der vier Jahre später von den sechs EWG-Gründungsstaaten gewährt wurde. Am 14. April 1987 stellte die Türkei den Aufnahmeantrag in die damalige Europäische Gemeinschaft. Nicht zuletzt aufgrund der besonderen Herausforderungen, vor die der Fall des Eisernen Vorhangs alle EG-Staaten und insbesondere Deutschland stellte, dauerte es weitere 15 Jahre einer sehr wechselvollen Beziehung, bis der Europäische Rat in seiner Kopenhagener Dezember-Session 2002 dem Lande zumindest eine bedingte Zusage zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen geben konnte. Letztlich war es dann vor allem die ungelöste Zypern-Frage, die die im Juni 2006 konkret begonnenen Beitrittsverhandlungen zwischen der damals bereits 25 Mitgliedsstaaten (inkl. des griechischen Teils der Insel Zypern) umfassenden EU und der Türkei belastete. Auch nach Jahren wurde und wird lediglich über ein gutes Drittel der 35 Kapitel des Beitrittsabkommens verhandelt; zahlreiche Kapitel bleiben durch das Veto einzelner Mitgliedsstaaten (Republik Zypern, Frankreich) vom Verhandlungsprozess ausgenommen.

Reformeißer der frühen AKP-Regierungsjahre weicht Stagnation

Türkischerseits legte man in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts unter der Ägide einer frisch ins Amt gewählten islamisch-konservativen Führung einen immensen Reformeißer an den Tag: Durch acht „Reformpakete“ der von Abdullah Gül bzw. Recep Tayyip Erdoğan geführten AKP-



Recep Tayyip Erdoğan
(Foto: CC BY-SA 2.0 Cacilleria del Ecuador / Flickr)

Regierungen ging man wichtige EU-Forderungen, u.a. nach besserem Schutz der Menschenrechte, der Stärkung individueller Bürgerrechte, der Abschaffung der Todesstrafe und der Beschneidung des Übergewichts demokratisch nicht-legitimierter Repräsentanten des türkischen Militärs innerhalb der Verfassungsordnung, noch vor Aufnahme jeglicher Verhandlungen an. Diese ostentative Reformentschlossenheit, deren weitgehend innenpolitisch motivierte, auf Schwächung der traditionellen kemalistischen Eliten gerichtete Stoßrichtung keineswegs geleugnet wurde, trug wesentlich dazu bei, die EU-Kommission vom Reformwillen der neuen, zunächst im Ausland mit viel Misstrauen beäugten türkischen Führung zu überzeugen.

Monierte man anfangs nur, dass viele Reformen noch der praktischen Umsetzung durch Gesetzesänderungen harrten, so drängte sich bei den EU-Partnern jedoch sehr bald der Eindruck auf, die neue Dynamik im Verhältnis zur Türkei weiche der Stagnation. Es wird eine Frage für die historische Forschung bleiben, ob dieser objektiv einsetzende Prozess der Stagnation vornehmlich dem schwindenden Reformimpetus einer sich zunächst in innenpolitischen Konflikten verzehrenden, sich dann jedoch in den Sesseln der politischen und ökonomischen Macht immer wohliger räkeln- den neuen islamischen Elite der Türkei anzulasten ist, oder ob irrlichternde Signale aus der EU (à

la „Privilegierte Partnerschaft“) und die von Egozentrismen bestimmte Blockade des Verhandlungsprozesses Anlass zum erlahmenden Integrationswillen der Türkei gegeben haben.

Sinkende Popularität des Integrationsprozesses in der Türkei

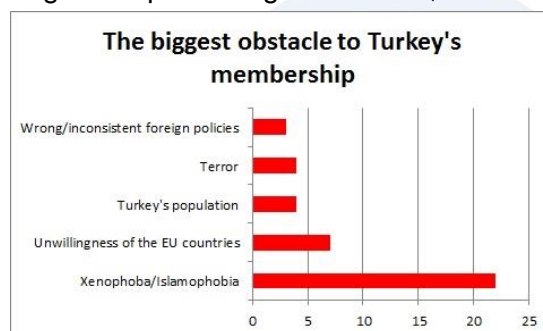
Sicher ist, dass diese Stagnation sich auch in der sinkenden Popularität des europäischen Integrationsprojektes bei vielen türkischen Bürgern niedergeschlagen hat. War die europäische Integration für die kemalistisch geprägten Eliten der 1960er und 1970er Jahre sozusagen eine geradlinige Verlängerung des eigenen gesellschaftlichen und ökonomischen Modernisierungskurses, allerdings unter Wahrung der spezifischen Einschränkungen des türkischen Demokratie- und Rechtsstaatsmodells, so wurde Europa in den späten 1980er und in den 1990er Jahren vor allem der Orientierungspunkt für eine aufstrebende türkische Wirtschaftselite. Sie sah sich mit dem Abschluss der Zollunion zum Jahresbeginn 1996 auf dem rechten Weg der Integration in das erfolgreiche Wirtschaftsmodell Europa. Dabei konnte man weite Teile der türkischen Bevölkerung, auch jenseits der kemalistisch geprägten urbanen Zentren, getrost auf seiner Seite verbuchen: „Nothing succeeds like success“. Mit dem viele überraschenden, kompromisslosen pro-EU-Kurs ihrer ersten Regierungsjahre schien der neuen, nicht-kemalistischen türkischen Führungsmannschaft, die sich im Wesentlichen aus der beim Wähler so erfolgreichen Parteinuugründung AKP rekrutierte, endlich das zu gelingen, was Politikergenerationen und inzwischen längst der Vergangenheit angehörenden türkischen Parteien vor ihr versagt geblieben war: der EU-Beitritt.

Krisen der EU schmälern ihre Attraktivität

Doch dann kamen die genannten Blockaden im Beitrittsprozess, dann kam vor allem der durch die internationale Finanzkrise extrem beschleunigte wirtschaftliche und soziale Abstieg in einzelnen Ländern der EU, der von einer wachsenden Orientierung weg von den Grundideen des europäischen Integrationsprozesses und hin zu nationalen Egoismen und populistischen Parolen begleitet wurde. Diese Entwicklung hat die Attraktivität eines eigentlich nur als historisch zu interpretierenden, nicht als Ausdruck gewiefter Realpolitik misszuverstehenden Einigungsprozesses in den Augen vieler Beobachter in und vor allem außerhalb der EU in Misskredit gebracht. Das „Erfolgsmodell“ von gestern wurde plötzlich zur „Gemeinschaft der ökonomischen Impotenz“ von heute. Die „europäische Wertegemeinschaft“ säkularer und rechtsstaatlicher Demokratien von gestern wurde nun von einer wachsenden Zahl prinzipieller Integrationskritiker – von der linkesten Linken bis zur nationalistischen oder libertären Rechten – zur bloßen Worthülse einer in sich zerrissenen Anhäufung von Einzelstaaten, die angesichts wachsender welt- und sicherheitspolitischer Herausforderungen ein ums andere Mal versagen, vorgestern im Jugoslawienkrieg, gestern im Irakkrieg, heute im Syrienkrieg – und morgen im Angesicht von Klimakatastrophe und Migrationschaos.

Aufstiegshybris und vermeintliche Dekadenz

Diese Verschiebung der Sicht auf den europäischen Integrationsprozess gilt nicht nur, aber besonders auch für die Türkei. Die, die noch gestern geflissentlich Reformeifer gezeigt und Anschlusswillen an die EU bekundet hatten, machten plötzlich aus offenbar lange camouflierten Emotionen kein Hehl mehr. Die EU – das war nun die dekadente, weithin überalterte, ja „zahnlose“ Staatengemeinschaft des alten, einst kolonialen „Westens“, der die rasante ökonomische Entwicklung der jungen, energisch aufstrebenden Türkei (realiter: in den Jahren 2005-10) nur mit kaum verhülltem Neid und ohnmächtiger Missgunst verfolge. Hatte man gestern noch den noto-



Quelle: Center for Turkey Studies, Kadir Has University

risch Türkei-kritischen Beschwörern des „christlichen Abendlandes“ in den Reihen der EU die jahrhundertalte Verwobenheit des Osmanischen Reiches mit der europäischen Geschichte in Erinnerung gerufen oder gar die Waffenbrüderschaft der modernen Türkei mit dem „Westen“ in Jahrzehnten des Kalten Krieges beschworen, so konnte man nun andere, zunehmend schrille Töne aus Anatolien vernehmen. Plötzlich waren – und zwar insbesondere in den AKP-nahen oder gar parteihörigen Medien – jene Stimmen zu hören, die in der gesamten Integrationspolitik nichts anderes als ein Instrument des „Westens“ zu entdecken vermochten, um erneut – in bester „Kreuzfahrer“- oder zumindest doch Kolonialisten-Manier – eine neue türkische Macht am Bosphorus durch innere Spaltung, Unterstützung terroristischer Kräfte und Ablenkung von den „wahren“ Interessen der Türkei zu schwächen.

Für diese täglich lauter werdenden Apologeten einer „neuen“, islamischen Türkei erscheint deren rechter Platz im Kreise der jungen, aufstrebenden und „neuen“ Mächte des „Ostens“ zu sein, am besten natürlich solcher, die obendrein dem sunnitischen Bereich der Umma zuzuordnen sind. Man sieht die „neue Türkei“ als Interessenwahrer der historisch geknechteten und entrechteten Völker schlechthin, als „Leuchtturmprojekt“ einer politischen und ökonomischen Erfolgsgeschichte, die sich vom „orientalistischen Westen“, seinem im Schatten vorgeblich „universaler Menschenrechte“ betriebenen, a- oder antireligiösen Kulturimperialismus endgültig emanzipiert hat. Das Ende der alten, westlich orientierten kemalistischen Türkei – das ist Anfang und Grundlage eines in wahrer Aufstiegshybris verfangenen „neuen Türkei“ mit weltpolitischen Ambitionen.

Autoritäre Gesinnung duldet keine Kritik – weder von innen noch von außen

Woher kommt diese überraschende Wendung in einflussreichen Zirkeln der Türkei? Ist sie etwa nur darauf zurückzuführen, dass die reformbeflissenen „islamischen Demokraten“ von gestern, sich nun, im Hochgefühl neuer Stärke und wiedergewonnener, durch die Jahrzehnte kemalistischer Modernisierungsdiktatur nur entfremdeter, nie verlorener islamischer Identität wieder aus der Deckung wagen und überall ihr Gesellschaftsverständnis zum allein maßgeblichen machen wollen?

Zunächst: Die Distanzierung der neuen Eliten von der EU, ja ihr medialer Feldzug gegen die potentiellen Partner von morgen, denen man mangelnde Empathie nach dem „verbrecherischsten Putsch“ der modernen Geschichte (dem Putschversuch vom 15.07.2016), ja Kooperation mit den beiden (gegenwärtigen!) Hauptfeinden der Türkei, der terroristisch agierenden, kurdischen PKK und der ebenfalls als „terroristisch“ gebrandmarkten, islamisch-konservativen Bewegung des Islampredigers Fethullah Gülen, vorwirft, kommt nicht von ungefähr. Sie ist die Antwort auf wachsende Kritik in den EU-Staaten an der immer deutlicher autoritären Fehlentwicklung der türkischen Demokratie.



Anti-Putsch-Proteste in Istanbul im Juli 2016
(Foto: CC BY-SA 4.0 Maurice Flesier / Wikimedia Commons)

Spätestens mit den Ereignissen um den Istanbuler Gezi-Park im Frühsommer 2013 ist vielen Europäern nicht nur bewusst geworden, dass es besorgniserregende Entwicklungen in der Türkei gibt. Deren politische Führung bezeugt durch ihr Agieren gegen Medienfreiheit und Unabhängigkeit der Justiz tagtäglich, dass sie (inzwischen) andere Prioritäten hat als die Fortsetzung früherer Reformanstrengungen. Der frei gewählte Staatspräsident, der mit Verve einen Umbau des politischen Systems zu einer „Präsidialdemokratie à la turca“ anstrebt und damit einen nahezu unkontrollierten Ausbau seiner persönlichen Macht, wird nicht müde, seinen Kritikern mitzuteilen, dass ihm ihre Kritik und ihre Sorgen völlig irrelevant erscheinen. Erdoğan fordert sogar Solidarität und stillschweigende Duldung von Menschenrechtsverletzungen bei seinen europäischen Partnern ein. Kann diese aus prinzipiellen Erwägungen nicht gewährt werden, ist die „westliche Arroganz“, das

„notorische Unverständnis“ für die spezifischen Probleme der Türkei, zuletzt dann auch der neue probate Schlagetot politischer Diskussion, der Vorwurf einer religiös oder rassistisch motivierten „Islamophobie“, rasch argumentativ zur Hand.

Das andere Gesicht der Türkei

Der Leser mag sich verwundert fragen, wo denn die türkischen Reformer von gestern geblieben sind. Es gab und es gibt sie in Teilen von Gesellschaft, Wirtschaft und Hochschulen auch heute



Fethullah Gülen

(Foto: CC BY 3.0 AlphaX News/ Wikimedia Commons)

noch, ja sogar in einzelnen politischen Gruppierungen. Aber ihre Stimmen sind aufgrund des rigorosen Vorgehens der Regierenden gegen kritische Äußerungen sehr leise geworden, wenn nicht verstummt. Zu viele Unterstützer der Regierung bzw. der Regierungspartei AKP von gestern sitzen heute aufgrund kritischer Äußerungen oder angeblicher Verbindungen zu den „Systemfeinden“, d.h. der PKK oder den als „Fethullahistische Terrororganisation (FETÖ)“ gebrandmarkten Anhängern der Gülen-Bewegung in Haft (oder haben Schutz im Ausland gesucht), als dass man es Kritikern

verübeln könnte, dass sie ihr Wort heute sehr wohl wägen.

In Anbetracht der sich zuspitzenden Konfrontation zwischen der von einer Wählermehrheit getragenen AKP und ihren europäischen Kritikern haben viele Freunde der EU oder zumindest des Reformprozesses in der Türkei jegliche Hoffnung auf eine baldige Verwirklichung ihres „europäischen Traums“ aufgegeben. Dieser Traum kalkulierte die besonderen Probleme und Gegebenheiten des großen, islamisch geprägten und ethnisch homogenisierenden Nationalstaates Türkei durchaus nüchtern ein. Aber man war der tiefen Überzeugung, dass alleine der durch das Beitrittsverfahren vorgegebene Prozess innerer Reformen von Politik, Rechtsstaat und Wirtschaft die Türkei zu einer wahrhaft modernen Demokratie im Konzert der europäischen Demokratien machen würde. Ob dies in eine formale Mitgliedschaft der EU münden werde (oder müsse), dies schien von zweitrangiger Bedeutung – und würde eines fernen Tages ohnehin in der Hand der europäischen und türkischen Stimmbürger liegen.

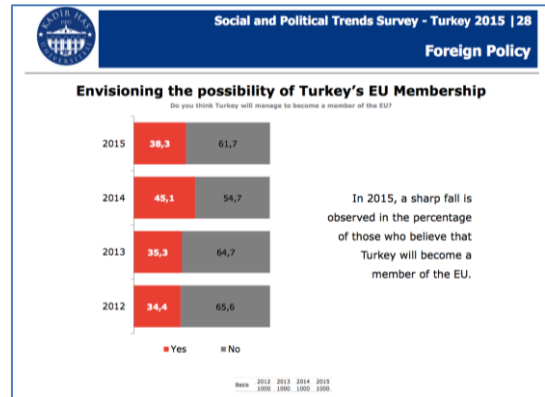
Manche EU-Befürworter sahen die aufstrebenden „islamischen Demokraten“ immer als „Wölfe im Schafspelz“. Andere, die in ihrem Reformeifer am Beharrungswillen der alten kemalistischen und nationalistischen Eliten schier verzweifelten, hatten Hoffnungen in die „neuen Besen“ gesetzt. Groß ist da die Enttäuschung, dass diese „Besen“ nichts anderes als Machthunger und Gier in neuem Gewande darstellen. Ganz im Abseits stehen zudem jene Teile der türkischen Gesellschaft, die sich als Wahrer der kemalistischen Traditionen gerierten und den Annäherungsprozess „ihrer“ Türkei an die Demokratien Europas immer schon nur mit einem gewissen Magengrummeln verfolgt hatten. Sie sind heute weder ein Hoffnungsträger für eine liberal-demokratische Opposition noch ein Alternativangebot zur AKP. Vielmehr treiben sie mit im nun nicht nur ethnischen, sondern dominant islamisch akzentuierten Nationalismus der „neuen Türkei“.

Wohin geht die Reise der „neuen Türkei“?

Fragt man den unangefochtenen Führer, so scheint der Weg klar. Da die EU sich seinen Vorstellungen von „Demokratie“ verweigert, wird er „sein Volk“ um Rat fragen, spricht: in absehbarer Zeit ein Referendum zur Frage des EU-Beitritts ansetzen. Da man davon ausgehen kann, dass Erdoğan seinen immensen Einfluss (und den seines willfährigen Medienapparates) für das Ablehnungsvotum in die Waagschale werfen wird, ist das Resultat voraussehbar. Dies dürfte gelten, obwohl Meinungsumfragen auch aus jüngerer Zeit belegen, dass nach wie vor eine knappe Mehrheit der Türken eine Mitgliedschaft in der EU befürwortet, wobei die Zahl jener wächst, die einen

Beitritt zugleich als zunehmend unrealistisch taxieren. Im Sturm einer zu erwartenden nationalistisch geprägten Anti-EU-Propaganda im Vorfeld des Referendums dürfte diese Mehrheit von heute jedoch rasch schwinden.

„Bestärkt“ durch ein Anti-EU-Votum „seines Volkes“ wird Erdoğan diesem neue Horizonte aufzeigen, z.B. die Mitgliedschaft in der mythenumwobenen „Shanghai Cooperation Organisation“ (SCO) mit den Führungsmächten China und Russland. Eine Antwort auf die Frage, wie eine derartige Sicherheitskooperation mit der NATO-Mitgliedschaft der Türkei vereinbar sein könnte und wie man glaubt, innerhalb weniger Jahre die bedeutendsten Wirtschaftspartner aus den Staaten der EU durch andere ersetzen zu können, diese Antwort ist man dem türkischen Bürger bisher schuldig geblieben – wie so viele andere Antworten auch. So beschwört man ein ums andere Mal die Solidarität der sunnitischen Muslime, dann wieder die der Turkvölker entlang der wiederbelebten „Seidenstraße“, ohne dass deutlich würde, wie derartige Kooperationen auch nur in mittlerer Zukunft ein Level der wirtschaftlichen und politischen Integration erreichen könnten, über das die Türkei – durch Zollunion, den Status als EU-Beitrittskandidat und die Mitgliedschaft im Europarat – schon heute in ihrer „Westbindung“ verfügt.



Nur noch wenige Türken glauben an einen EU-Beitritt
(Quelle: Center for Turkey Studies, Kadir Has University)

Aus dem Beraterstab des Präsidenten heißt es, die EU bleibe der „strategische Partner“ der Türkei. Genau da haben wir es: Auch türkischerseits strebt man nun nicht mehr eine „Wertegemeinschaft“ mit Europa an, sondern eine Partnerschaft auf der Basis gemeinsamer Interessen. Klingt dies nicht sehr pragmatisch und realistisch? Ja durchaus – für jene, die schon immer überzeugt waren (ob in oder außerhalb der Türkei), dass das Land am Bosphorus ohnehin nicht nach Europa gehöre, mag das als wünschenswerter Ausdruck türkischer Realpolitik erscheinen. Für jene aber, vor allem in der Türkei, die ihre Zukunftshoffnungen für ihr Heimatland auf die Integration in ein sich vereinendes und demokratisches Europa gesetzt hatten, klingt dies wie der Abgesang einer historischen Epoche, wie das abschließende Urteil über eine Partnerschaft, die nicht sein sollte.

Dr. Hans-Georg Fleck ist Projektleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für die Türkei mit Sitz in Istanbul

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)
Fachbereich Internationales
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam